

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Herbert Woerlein

Abg. Dr. Christian Magerl

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 31** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Flächenpotenzial von Eh da-Flächen ermitteln! (Drs. 17/18471)**

Dieser Dringlichkeitsantrag konnte in der Plenarsitzung am 7. Dezember aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach unserer Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung der Minuten setze ich als bekannt voraus. Der erste Redner ist Herr Kollege Zierer. Bitte schön.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Umweltausschuss ist unser Antrag zu den Eh-da-Flächen von der CSU wie gewohnt abgelehnt worden. Die Begründung war dieses Mal aber besonders abenteuerlich. Es wurde behauptet, wir würden mit diesem Konzept den Kommunen etwas aufzwingen wollen und das Subsidiaritätsprinzip nicht beachten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das geht völlig an der Sache vorbei. Da es sich bei den Eh-da-Flächen um ein Angebot für die Gemeinden und Städte handelt, stimmt das einfach nicht; denn sie können mit wissenschaftlicher Begleitung in einem umfassenden Projekt ungenutzte Flächen ökologisch aufwerten. Sie können, aber sie müssen nicht, und damit ist das absolut freiwillig. Es gibt auch schon Projekte in Bayern. Ich möchte hier Haßfurt nennen, das die erste Eh-da-Kommune war, und wir wünschen uns, dass viele andere folgen.

Die Staatsregierung soll daran mitwirken. Die Staatsregierung soll aber niemandem etwas aufzwingen, sondern mithelfen, diese Idee zu verbreiten, und eine gute Möglichkeit dafür wäre eine Potenzialanalyse, die wir mit diesem Antrag fordern. Durch die Analyse von Geodaten wäre das mit einem sehr geringen Aufwand machbar. Wir spre-

chen hier von sehr überschaubaren Kosten, und zwar von 10.000 bis 20.000 Euro für eine Erhebung in Musterkommunen. 10.000 bis 20.000 Euro – ein sehr kleiner Betrag.

Bei diesen Zahlen ist mir eine Summe von 100.000 Euro eingefallen, die unsere Staatsministerin Scharf für ihre Werbeaktion mit den Tütchen mit ein paar Blumensamen ausgegeben hat. Von diesen Tütchen wird wahrscheinlich die Hälfte irgendwo im Müll gelandet sein. Das war außerdem eine Werbeaktion der Ministerin nur für ihren Wahlbezirk Oberbayern und nicht für Niederbayern, nicht für die Oberpfalz, nicht für Schwaben und auch nicht für Franken. Bedauerlich: 100.000 Euro in die Tonne getreten.

Für diese 100.000 Euro hätten wir über eine Tonne hochwertiges Saatgut kaufen können. Wir hätten das an die Kommunen verteilen können. Wir hätten das an die Stadtgärtnereien, an die Bauhöfe verteilen können. Wir hätten mit dieser über einer Tonne Samen 300.000 qm in Bayern erblühen lassen können. Das wäre ein Beitrag zur Artenvielfalt gewesen. – Das aber nur am Rande.

Zurück zu der Potenzialanalyse: Wenn wir diese für verschiedene Modellgemeinden in verschiedenen Regionen und für verschiedene Landschaftstypen machen würden, bekämen wir einen guten Überblick, und interessierte Gemeinden hätten einen Anhaltspunkt, was machbar ist. Wenn wir darüber diskutieren, was man gegen den Artenschwund tun kann, landen wir immer bei demselben Problem: Biodiversität braucht Fläche, die aber immer knapper wird; vor allem der Druck auf den landwirtschaftlichen Boden steigt durch Flächenverbrauch und Ausgleichsmaßnahmen.

Das Eh-da-Konzept bietet die Möglichkeit, etwas für die Artenvielfalt zu tun, ohne landwirtschaftliche Flächen in Anspruch zu nehmen. Die Grundidee ist simpel. Man nimmt Flächen, die sowieso vorhanden sind, und man nützt sie für den Naturschutz, für den Artenschutz, für die Biodiversität. Auf diesen Flächen könnten Lebensräume für Bienen, Schmetterlinge oder andere Insekten entstehen. Beispiele für solche Flächen sind Feldraine, Säume, Grünstreifen an Straßen und Böschungen.

Ich weiß, dass es viele Gemeinden gibt, die das in Ansätzen bereits praktizieren, und wir sollten sie weiter unterstützen. Wir hätten das Potenzial und bräuchten nur den Willen. Ich würde Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, bitten, einfach zu sagen: Ja, wir nehmen diese 20.000, 30.000 Euro in die Hand. Wir machen einen ersten Satz dorthin. Wir machen den ersten Punkt dort. – Ich hoffe, es kommt ein Umdenken, und ich wäre froh, wenn ich die Unterstützung zu unserem Antrag bekommen würde.

Damit die Bitte: Fangen wir an! Sprechen wir nicht nur von großen Dingen wie Nationalparks und Ähnlichem, sondern machen wir kleine Schritte, damit die Bürger sehen: Wo es möglich ist, können wir Ansätze machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege Zierer. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf. Bitte schön.

**Dr. Otto Hünnerkopf (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Benno Zierer, ich glaube, es ist immer noch nicht verstanden worden, worum es uns geht. Ich und wir sehen schon eine gewisse Bedeutung in diesen sogenannten Eh-da-Flächen, also Flächen, die eh da sind, weil es Randbereiche von Straßen sind, weil es Gräben sind, weil es Wegrandstreifen sind. Wir sehen ein gewisses Potenzial, das man nicht überbewerten darf, das aber für die Biodiversität schon einen entsprechenden Stellenwert bekommen kann.

Worum es uns geht: Jede Gemeinde hat ein Geoinformationssystem – GIS –, kennt die Flächen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich sind, und kennt auch die Gräben und die Wege, die jährlich gepflegt werden. Entlang von Straßen muss aber einfach für die Sicherheit gesorgt werden. Insofern sage ich: Das dürfen wir nicht überbewerten, weil die nicht so viel bringen. Was jedoch dahinter liegt oder draußen in der Feldflur – da kann man schon sehr viel daraus machen. Das liegt jedoch wiederum daran, was jede Gemeinde damit macht.

Eine Gemeinde kann mit einer einzelnen Fläche anfangen. Sie kann auch systematisch mit den Gräben anfangen und sie nicht nur einfach jedes Jahr niedermulchen, sondern vielleicht in einem Turnus von drei Jahren in wechselnden Abschnitten. Die Strukturen bleiben dann über den Winter, sodass zum Beispiel Insekten in diesen Strukturen überwintern können und nicht niedergeknüppelt werden. Sie kann diese Biomasse auch entnehmen, um auszuhagern. – All das sind Tipps, die Ihnen jeder Landschaftsarchitekt geben kann, mit denen die Gemeinden zusammenarbeiten.

Darum meinen wir: Wir fangen nicht erst mit dem Vermessen an und erheben Geodaten und geben dafür 20.000 Euro für eine Gemeinde aus, sondern wir sollten gemeinsam versuchen, den Gemeinden bewusst zu machen, was sie nach Artikel 141 der Bayerischen Verfassung ohnehin machen sollten, nämlich sich um die Natur zu kümmern, die Natur zu unterstützen und für die Lebensgrundlagen zu sorgen. Jetzt aber von einem Angebot an die Gemeinden zu sprechen – ich denke, das ist eine völlig falsche Sichtweise.

Noch mal: Wir wissen um den Stellenwert der Eh-da-Flächen. Diese Flächen werden von uns vorbereitend auch so behandelt, indem wir darauf achten, was wir daraus machen können, und indem wir – wie gesagt – selber den Stellenwert erhöhen, aber nicht auf dem Weg, das Ganze zu vermessen. Lieber Kollege Benno Zierer, allein das ist der Grund. Wir wollen das Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen, wie ihr das macht, und darum können wir dem Antrag nicht zustimmen. Bei dem, was uns die Eh-da-Flächen allerdings möglicherweise im Hinblick auf die Insekten helfen könnten, sind wir aber beisammen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hünnerkopf. – Kollege Woerlein spricht für die SPD-Fraktion. Bitte sehr.

**Herbert Woerlein (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch der weiteste Weg beginnt bekanntlich mit dem

ersten Schritt. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist ein solcher erster Schritt, auch wenn er mit diesen Eh-da-Flächen ein kleiner Schritt ist. Diese Flächenpotenziale in ausgewählten Kommunen Bayerns zu ermitteln, halten wir für einen durchaus sinnvollen Vorschlag.

Die Vorteile der ökologischen Aufwertung liegen auf der Hand. Der Kollege Benno Zierler hat das ausgeführt; ich kann es also wirklich in ein paar Stichpunkten zusammenfassen. Man kann ein Schutzziel definieren. Die FREIEN WÄHLER haben hier das Beispiel der Wildbienen angeführt. Das Ganze dient dem Erhalt der Biodiversität; denn wir vernetzen letztlich Biotope. Auch der Kostenfaktor wurde angesprochen. Die Digitalisierung ermöglicht den Zugriff auf die amtlichen Geodaten. Ein reizvoller Gedanke wäre auch, dass die Autobahnmeistereien und Stadtgärtner einen kreativen Beitrag leisten könnten.

Für uns ist sehr wichtig, Benno, nachdem uns die Landwirtschaft am Herzen liegt: Es geht eben nicht zulasten der Landwirtschaft, weil gar keine landwirtschaftlichen Flächen im Fokus stehen. Wir stimmen daher diesem richtigen und wichtigen Schritt zu.

Ich darf die letzte Sitzung in diesem Jahr zum Anlass nehmen, aus Umweltschutzsicht noch einige Weihnachts- und Neujahrswünsche zu formulieren. Vor zwei Wochen war die Stimme Deutschlands ausschlaggebend. Die qualifizierte Mehrheit von 18 der 28 Mitgliedstaaten wurde mit dem Ja der BRD zu Glyphosat erreicht. Das Pflanzengift Glyphosat ist jetzt für weitere fünf Jahre zugelassen. In der Zukunft sollten solche Alleingänge unterbleiben, und wir sollten sie auch nicht hinnehmen.

(Horst Arnold (SPD): Vorsätzlich rechtswidrig!)

– Genau, das ist rechtswidrig. Und da fragen dann manche, warum die Basis der SPD – wie soll man sagen – Sondierungsgesprächen so skeptisch gegenübersteht.

Nirgendwo in der Bundesrepublik ist das Ausmaß der Flächenversiegelung so groß wie in Bayern. Wir müssen Strategien entwickeln, die sowohl die Infrastruktur, also die

berechtigten Forderungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, als auch den Umweltschutz im Blick haben. Entscheidungen wie die Änderung des Landesentwicklungsplans für die Skischaukel am Riedberger Horn dürfen sich nicht wiederholen.

Wir brauchen schnelle und wirksame Maßnahmen gegen das Insektensterben und das Artensterben. Hier sehe ich uns in der Gesamtheit auf einem völlig falschen Weg. Kollege Schöffel hat vor Kurzem berichtet, die Tatsache, dass wir jetzt keine Insekten mehr wahrnehmen, liege an den windschlüpfrigeren Autofrontscheiben. Eine solche Verharmlosung dient der Sache in keiner Weise.

Wir brauchen Management-Pläne für Wolf und Biber, und wir brauchen angemessene Ausgleichszahlungen. Bei uns wurde schon nach dem Abschuss geschrien, bevor der erste Wolf überhaupt in Bayern ankam.

Das Nächste geht an die Adresse des Kollegen Flierl, der im Ausschuss ständig behauptet, dass Tierheime nicht auf den Kosten für die Hunde sitzenbleiben, die sie aus dem illegalen Welpenhandel übernehmen. Diese Tierheime bleiben wirklich auf den Kosten sitzen, auch wenn Sie das im Umweltausschuss immer abstreiten. Wer das bezweifelt, lese bitte das heutige "Schweinfurter Tagblatt"; dort steht es genau auf Seite 7. Mittlerweile gibt es einen Rechtsstreit darüber, wie viel zu zahlen ist. Dass das Tierheim zahlen muss, steht aber außer Frage; es geht nur noch um die Höhe.

Wir brauchen – damit darf ich zum Schluss kommen – das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen. Für das kommende Jahr hat die SPD hierzu eine Anhörung beantragt, die hoffentlich zu konkreten Ergebnissen führen wird.

Auch wenn es die Festtage etwas trübt, bitte ich, nicht zu vergessen: Wir haben nach wie vor keine Maßnahmen – ich erwähne das deshalb, weil das Bundesminister Christian Schmidt versprochen hat – gegen das Schreddern von 65 Millionen frisch geschlüpfter Küken.

Es gibt also einen unheimlichen Stau an Maßnahmen zum Schutz der Umwelt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie uns gemeinsam diesen großen Stau abarbeiten; lassen Sie uns hier die Schwerpunkte neu setzen. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, dass Nachhaltigkeit höhere Priorität genießen muss als Wachstum ohne Grenzen. Die SPD ist bei der Bewältigung dieser Aufgaben ein verlässlicher Partner. – Ich wünsche uns allen – ohne Ausnahme – frohe Weihnachten.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Woerlein. – Kollege Dr. Magerl steht auch schon bereit. Bitte schön.

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** Ja; ich bin eh schon da, Herr Präsident.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Eh da; genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** Ich nehme es vorweg: Wir werden dem Antrag zustimmen. Es ist zwar in der Tat nur ein kleiner Schritt, aber es ist ein Schritt; das muss man klar feststellen. In Rheinland-Pfalz hat die dortige Umweltministerin Uli Höfken die Eh-da-Flächen in das Biodiversitätsprogramm aufgenommen. Das ist aus meiner Sicht gut und richtig so. Wie gesagt: Da gibt es ein gewisses Potenzial. Ich stehe auch mit den Initiatoren dieser Eh-da-Flächen in Kontakt und in Gesprächen. Demnächst wird es sicherlich auch in Bayern ein entsprechendes Untersuchungsobjekt geben, ob die CSU zustimmt oder nicht. Das werden wir auch in Bayern auf die Bahn bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein Punkt unter vielen. Kollege Zierer, ein Eh-da-Programm wird mit Sicherheit nicht einen Nationalpark ersetzen – ohne Zweifel nicht –, weil zwischen Großschutzgebieten und kleinen Schutzgebieten doch ein erheblicher Unterschied besteht. Man



kann aber an der einen oder anderen Stelle eine Aufwertung erzielen. Speziell für Insekten und Wildbienenarten geht etwas. Da kann man etwas machen.

Deswegen sage ich: Wir unterstützen diesen Antrag. Er macht Sinn. Ich mache es kurz; ich bin darum gebeten worden. Vorher wurde ja schon gesagt, dass die Bibel recht hat. Ich war der erste und der letzte Debattenredner. Ich mache es kurz: Schöne Weihnachten! – Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, wird die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur letzten Abstimmung in diesem Jahr.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos), Günther Felbinger (fraktionslos) und Alexander Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte? – CSU-Fraktion.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wir sind mehr!)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wollt ihr einen Hammelsprung, oder wie?)

– Ich denke, auf einen Hammelsprung können wir jetzt auch noch verzichten. Es war eine eindeutige Mehrheit der CSU. Damit ist der Antrag abgelehnt.